



Beschlussvorlage

Amt: OB Büro Bigeard	Datum: 15.01.2020	Az.:	Drucksache Nr.: 7/2020
-------------------------	-------------------	------	------------------------

Beratungsfolge	Termin	Beratung	Kennung	Abstimmung
Gemeinderat	27.01.2020	beschließend	öffentlich	

Beteiligungsvermerke

Amt						
Handzeichen						

Eingangsvermerke

Oberbürgermeister	Erster Bürgermeister	Bürgermeister	Haupt- und Personalamt Abt. 10/101	Kämmerei	Rechts- und Ordnungsamt

Betreff:

Städteappell der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat der Stadt Lahr begrüßt die Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN und bittet den Oberbürgermeister, den diesbezüglichen Städteappell zu unterzeichnen.

BERATUNGSERGEBNIS	Sitzungstag:			Bearbeitungsvermerk	
<input type="checkbox"/> Einstimmig <input type="checkbox"/> lt. Beschlussvorschlag <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss (s. Anlage)				Datum	Handzeichen
<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthalt.		

Sachdarstellung:

Der UN-Vertrag über das Verbot von Kernwaffen wurde von der UN-Generalversammlung am 07. Juli 2017 mit 122 Stimmen angenommen und verabschiedet. Seit dem 20. September 2017 haben 80 Staaten den Vertrag unterzeichnet. Die Ratifizierung ist bisher in 34 Staaten erfolgt.

Das Bündnis „ICAN“ von über 450 Organisationen in 100 Ländern setzt sich als „Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ für die Unterzeichnung des UN-Vertrages ein. 2017 wurde ICAN mit dem Friedens-Nobelpreis ausgezeichnet.

ICAN Deutschland sammelt mit dem „Städteappell“ Unterschriften, um die Bundesregierung zur Unterzeichnung des UN-Vertrags zu motivieren. Die Bundesregierung begründet ihre Ablehnung mit den bestehenden Abrüstungs- und Kontrollvereinbarungen.

Der Oberbürgermeister wurde vom Friedensforum Lahr auf den Städteappell aufmerksam gemacht. Seit Februar 2019 haben 72 deutsche Städte und 5 Landkreise den Städteappell unterschrieben.

Wortlaut des ICAN-Städteappells:

„Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Markus Ibert
Oberbürgermeister